

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/50

Bonn, den 13. März 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 1a	<u>"Rüstung und Abrüstung"</u> Ein ISWESTIJA - Artikel und seine aktuelle Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland	60
2 - 2a	<u>lito raft nach der Jugend</u> Ernste Generationssorgen des kommunistischen Jugoslawiens Von Dr. Erhardt Eckert, z. Zt. Belgrad	64
3 - 4	<u>Pekings Handschrift in Afrika</u> Rätseleuten um Äquatorialguinea Von * * *	63
	<u>FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:</u> Kindertagesstätten nicht im Arbeitsförderungsgesetz - Im Ausschuß für Arbeit fand sich keine Mehrheit - Gegen Lohnabschlagsklauseln Die Rechtslage der Frau in Bulgarien Kurzmeldungen	

"Rüstung und Abrüstung"

Ein ISWESTIJA - Artikel und seine aktuelle Bedeutung
für die Bundesrepublik Deutschland

G.M. - Im Zusammenhang mit der erstaunlichen sowjetischen China-Demarsche bei den Westmächten muß eine neue Initiative Moskaus mit der Forderung nach Abrüstungsverhandlungen gesehen werden. Das sowjetische Regierungsorgan ISWESTIJA betont in einem Artikel unter der Überschrift "Rüstung und Abrüstung", die "gegenwärtige Ausrichtung der Streitkräfte bietet eine Möglichkeit, Abkommen über das Einfrieren und die Reduzierung der Nuklearwaffen zu schließen." Jeden Tag würden hohe Summen für die Rüstung ausgegeben, "die so sehr für friedliche, zivile Zwecke benötigt werden" - fährt das sowjetische Regierungsorgan fort und schließt mit dem Appell, man müsse endlich die zahlreichen auf dem Wege zu Abrüstungsgesprächen vorhandenen Hindernisse im Interesse aller Länder und aller Völker überwinden.

Interessant an diesem ISWESTIJA-Artikel ist weniger das Vokabularium, als vielmehr der Zeitpunkt, an dem er veröffentlicht wurde. Dieser Zeitpunkt ist gewissermaßen die Einleitung für den Übergang zu konkreten Abrüstungsverhandlungen zwischen Moskau und Washington, die bisher am Rande der Genfer UNO-Abrüstungskonferenz geführt wurden und von denen man in Moskau zu glauben scheint, daß sie jetzt bald in ein offenes Stadium treten können.

Im Lichte dieser Moskauer Initiative gesehen, wird vieles verständlich, was sich seit Wochen und Monaten im "sozialistischen Lager" abspielt. Dazu gehören auch die ohne Zweifel von Moskau an Ostberlin gegebenen Verhaltensdirektiven vor, während und nach der Wahl des Bundespräsidenten in Berlin. Ferner ist anzunehmen, daß sich in Moskau jetzt die Erkenntnis durchgesetzt hat, die militärische Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten in der CSSR habe nicht zu einer Beseitigung der Schwierigkeiten im "sozialistischen Lager", sondern zu weiteren Komplikationen unter den Mitglieder des Warschauer-Paktes geführt.

Natürlich besteht auch die Möglichkeit, daß sich Moskau gerade jetzt - im Jahre 1969 - in die Diskussion über die Kündigungsmöglichkeiten des NATO-Bündnisses einschalten will. Wenn in dem ISWESTIJA-

Artikel zum Beispiel gesagt wird, man könne Abkommen über das Einfrieren und die Reduzierung von Nuklearwaffen schließen, dann ist dies natürlich auch ein Angebot an die Adresse der NATO-Partner zu werfen, ähnliches auch dem Militärbündnis des Warschauer-Paktes zuzubilligen. Bisher hat Moskau nämlich den Begriff des Einfrierens meist immer nur auf den Rüstungsstand des NATO-Bündnisses angewandt wissen wollen.

Unter allen diesen Umständen ist es zu begrüßen, daß die Bundesregierung erklären ließ, sie hoffe, daß die jetzt sich häufenden offiziellen Gespräche mit Sowjet-Botschafter Zorapkin zu einer Selbstverständlichkeit und nicht immer gleich als "besonderes Ereignis" qualifiziert werden. Daß die Rüstung in Ost und West Milliarden verschlingt, die für bessere Zwecke ausgegeben werden könnten - wie ISWESTIJA sagt - ist keineswegs eine Neuigkeit. Die Sowjets können davon ausgehen, daß ihnen niemand widersprechen wird.

Im Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegt es gerade jetzt mehr denn je, ihre ehrliche Bereitschaft zu einer Politik der Entspannung und der Friedenssicherung durch systematische Mitarbeit an jedem Vorschlag zu manifestieren, der Chancen zur Überwindung des Ostwest-Gegensatzes in sich birgt. Hierbei ist es gut, daran zu erinnern, daß die Bundesregierung seit nunmehr 2 1/2 Jahren stets ihre Bereitschaft zu Abrüstungsmaßnahmen erklärt hat, sofern diese gleichzeitig und gleichwertig erfolgen.

Daß alle Verhandlungen über Abrüstungsmaßnahmen und möglicherweise sogar über ein späteres Schicksal des Warschauer-Paktes und der Nato ohne Illusionen und unter Berücksichtigung berechtigter Sicherheitsinteressen der Völker geführt werden müssen, sollte eine Selbstverständlichkeit sein.

Tito ruft nach der Jugend

Ernste Generationssorgen des kommunistischen Jugoslawiens

Von Dr. Erhardt Eckert, z. Zt. Belgrad

Marschall Titos leidenschaftlicher Appell an seine Partei, sich mehr um die Jugend zu kümmern und ihr breiteren Zugang in die Partei und in die Parteiführungsstellen zu geben, ließ während des Belgrader Kongresses in krasser Deutlichkeit eine der Hauptsorgen der jugoslawischen Kommunisten erkennen, die in dieser Frage, wenn auch nicht nur in dieser Frage, in einem Boot mit allen Völkern - gleich welcher Block- und Nichtblockzugehörigkeit - sitzen. Titos Alarmruf zeigt den kardinalen Kummer seiner Partei, daß man der Jugend einfach nicht genügend Chancen bietet und daß sich daraus auf die Dauer ein gefährlicher Trend der Abwendung dieser Jugend von der Partei einleiten könnte.

Im Augenblick geben sich manche Kreise der Parteiführung noch einer gewissen Sorglosigkeit hin, weil nach dem 21. August, der auch hier Geschichte gemacht hat, junge Menschen einer nach vielen zehntausenden zählenden Menge zur Partei gestoßen sind. Dabei ist man sich in tieferblickenden Führungsgruppen freilich klar darüber, daß diese Welle des Zuganges junger Menschen zu einem erheblichen Teil eine Trotzreaktion gewesen ist, die sich erst dann in wirklich aktives Parteiinteresse ummünzen wird, wenn der Weg begangen wird, den Tito in seinem Kongreß-Report so anschaulich geschildert hat.

Insgesamt bietet sich also nach Titos Worten das auch in anderen Weltbereichen gegebene Bild, daß die jungen Männer und Frauen noch immer vergeblich ihren Platz und ihre Aufgaben in Gesellschaft und Staat suchen und nach Verantwortung rufen. Tito verlangt von seiner Partei, daß sie diese Aktivität der Jugend nicht verkümmern lasse, sondern unterstütze, fördere und vorantreibe,

um sie in Aktivität für die Gesellschaft, die Partei und den Staat zu verwandeln. In diesen Bereichen steht keineswegs alles zur Zufriedenheit. Tito hat in seinen Reden und Berichten resolut Schluß gemacht mit der Selbstbeweihräucherung, die Staatsparteien eigen ist. Er hat auf allen Gebieten Fehler und Mängel aufgezeigt, ja er hat in erregender Offenheit von der Stagnation gesprochen, der diese Gesellschaft ausgesetzt ist und die, so Tito, von folgenden Kräften dauernd erzeugt und genährt wird: Konservatismus, Bürokratismus, Nationalismus und ähnliche Verhaltensweisen.

Zur Bekämpfung dieser existentiellen Gefährdung der von seiner kommunistischen Partei getragenen jugoslawischen Gesellschaft braucht Tito die Hilfe der Jugend, die Hilfe ihres ungeteilten Enthusiasmus und ihre frische Energie. Um einen Slogan zu finden: Tito ruft die jugoslawische Jugend an die gesellschaftliche Front. Dazu muß sie aber vollberechtigtes Glied der Gemeinschaft und also auch der Partei werden, die sich um dauernde enge Kontakte mit der gesamten Jugend bemühen muß, was sie augenscheinlich, wie vieles andere auch, vernachlässigt hat. Jugend ist zupackend, ist fordernd, und deshalb kritisiert sie offen und rückhaltlos. Tito verlangt von seiner Partei, daß sie dieses Recht zur Kritik nicht nur anerkennt, sondern auch fördert, und daß sie im Rahmen des Möglichen realisierbare Schritte zur Korrektur des Kritisierten beiträgt.

Der jugoslawische Marschall macht in seiner Auf- und Abrechnung aber auch hier noch nicht halt. Er stellt fest, daß die kardinale Voraussetzung für eine der Gesellschaft und dem Fortschritt nützlichen Mitarbeit der Jugend ein umfassendes System von Bildung, Ausbildung und Weiterbildung ist. Tito sagt, was ist: Jugoslawiens Bildungssystem ist unzureichend, es genügt nicht für die aktuellen und künftigen Notwendigkeiten, es ist personell, materiell und regional voller Mängel und Fehler.

Wie man dieser Misere beikommen kann, ist vorerst nicht zu sehen. Die finanzielle Lage des Bundesstaates und seiner Länder erlaubt auf absehbare Zeit nicht die Investitionen, die zur Bewältigung dieser Riesenaufgabe erforderlich wären. Aber wenn Jugoslawien sich behaupten und wenn es seine Position zudem noch verbessern will, dann muß diese prinzipielle Voraussetzung geschaffen werden; schnell und durchgreifend. Titos Alarmruf beweist, daß er sich des Ernstes der Lage voll bewußt ist.

Pekings Handschrift in Afrika

Rätsekraten um Äquatorialguinea

Von * * *

Mit großem Geschick ist es den Rotchinesen gelungen, die latenten Spannungen zwischen der früheren Kolonie Äquatorialguinea und dem ehemaligen Mutterland Franco-Spanien politisch auszunutzen. Immer deutlicher ist bei diesem Zwist die Handschrift Pekings zu beobachten, was freilich in Madrid nicht eingestanden wird. Die spanische Bevölkerung, die am 12. Oktober 1968 das Zukunftsbild einer entente cordiale zwischen Spanien und dem neuen afrikanischen Staat in der Presse zu sehen bekam, erfährt nicht, was sich in dem afrikanischen Land ereignet.

Es begann bereits im vergangenen Sommer bei der Madrider Verfassungskonferenz: ein Teil der afrikanischen Delegierten war mit dem spanischen Verfassungsentwurf nicht einverstanden. Auch die wirtschaftlichen Bindungen an Spanien wurden von ihnen als "neokolonialistisch" empfunden. Darüber kam es im Entkolonisierungs-Ausschuß der UNO zwischen den guinesischen Anhängern und Gegnern enger Bindungen mit Spanien zu einer offenen Kontroverse. Behauptungen, einzelne afrikanische Delegierte seien von spanischen Regimegegnern bestochen worden, waren in der Madrider Presse zu finden. Da bei den Unabhängigkeitsverhandlungen für Äquatorialguinea erstmals das am 5. April 1968 verabschiedete spanische "Gesetz über die Behandlung von Staatsgeheimnissen" in vollen Umfang angewandt wurde, drangen die Zwistigkeiten der Afrikaner und Spanier nur sehr lückenhaft an die Öffentlichkeit. Kritisch wurde es, als der nicht gerade spanienfreundliche Politiker Francisco Maclias-N'guema zum Präsidenten der jungen Republik gewählt wurde. Maclias, der von Franco eine demokratische Präsidialverfassung mit Betätigungsfreiheit für alle politischen Parteien und mit absoluter gewerkschaftlicher Organisationsfreiheit erhalten hatte, war selbst autoritär gesinnt und veranlasste die verschiedenen Parteien,

sich um ihn zu einer Einheitsbewegung zusammenzuschließen. Die Tätigkeit weißer Wirtschaftsmanager war den jungen Macías-Anhängern bald ein Dorn im Auge, die personell Überstarke spanische Botschaft und das 260 Mann starke spanische Polizeikontingent gerieten bald in die Schußlinie scharfer Angriffe seitens der "Macías-Jugend", die ihre Ideologie aus Peking gratis erhielt.

Wer die blutigen Ausschreitungen zwischen Spaniern und Einheimischen auslöste, wird sich wohl niemals genau klären lassen. Tatsache ist indessen, daß die Spanier wie die US-Amerikaner die Republik Äquatorialguinea fluchtartig verlassen und die Afrikaner im Westteil der Festlandsprovinz Rio Muni 300 Weiße als Geiseln festhalten. Die Eskalation der Angriffe auf die Weißen - zuerst ging es nur gegen die Spanier - läßt die umsichtige Regie Pekings ahnen. Radio Peking hatte in jüngster Zeit seine Retsendungen für Afrika in spanischer Sprache verstärkt und zur Vernichtung der "weißen Ausbeuter" aufgerufen.

Diese radikalen Tendenzen werden von der Macías-Jugend begierig aufgenommen. Andererseits wäre es falsch anzunehmen, Macías selbst habe sich auf die Seite Pekings geschlagen. Er ist eher der Gefangene seiner eigenen autoritären Politik, bei der ihm das eigene Fußvolk zu entgleiten droht. Zwischen den verfeindeten politischen Gruppen in Äquatorialguinea ist es im Gefolge der europäerfeindlichen Kampagne ebenfalls zu einer Generalabrechnung gekommen. Kongolesische Zustände drohen in einem Land, das neben Nigeria zu den bestgeführten in Westafrika gerechnet wurde.

Macías befindet sich in einem Dilemma: einerseits protestierte er bei den Vereinten Nationen gegen die "spanische Aggression", andererseits wäre er froh, wenn der in seinem eigenen Lande beschäftigte Caudillo Franco zu seiner Hilfe eilte und mit einem Truppenkontingent die Ordnung wieder herstellte. Dieser Weg ist für Macías nicht mehr gangbar, weil er sonst bei der einheimischen Bevölkerung das Gesicht verlieren und als "Neokolonialist" die Wandlung vom Staatschef zum Staatsfeind No. 1 nachvollziehen müßte.